



Elisabeth Motschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

29.09.2020

Motschmann: „In Zahlen gemeißelte Wertschätzung! Für den Haushalt 2021 hat Kulturpolitik oberste Priorität“

Zur morgigen Einbringung des Kulturhaushaltes 2021 in den Deutschen Bundestag erklärt die kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bremer Abgeordnete Elisabeth Motschmann:

„Der Haushaltentwurf beweist: Kunst und Kultur haben für die Union oberste Priorität. Seit dem Amtsantritt von Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2005 ist der Kulturetatsatz um 85 Prozent gestiegen.

Auch 2021 investieren wir in den Erhalt unserer lebendigen Kulturlandschaft. Aus gutem Grund. Denn Investitionen in Kunst und Kultur kommen allen zu Gute. Wie wichtig Kultur ist, wurde während der Corona-Pandemie jedem deutlich: Musik, Schauspiel und Co. haben uns durch die Krise getragen - in der Stadt und auf dem Land. Deshalb konzentrieren wir die Kulturförderung nicht allein auf Metropolen und Leuchtturmprojekte.

Wir setzen auch auf die Kultur in ländlichen Regionen. Es geht uns um die Vielfalt von Kulturangeboten und -stätten in ganz Deutschland.

Schon mit NEUSTART KULTUR, der zusätzlichen Kulturmilliarde, haben wir ein starkes Zeichen gesetzt: Wir stehen an der Seite der Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffenden. Das Geld kommt in der Fläche an - bei Orchestern, Kinos, Theatern, Heimatmuseen, Galerien, Buchhandlungen und vielem mehr. Sie alle sind von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Und deshalb werden wir uns auch künftig für passgenaue Lösungen einsetzen.

Fast 1,75 Milliarden Euro beträgt der Bundeskulturhaushalt 2021. Für die wegen der Corona-Pandemie leidende Kulturbranche wurde im Sommer 2020 das aktuelle 'NEUSTART-Programm' in Höhe von einer Milliarde Euro beschlossen. Damit steht eine sehr hohe Bundesförderung für den Erhalt unserer einzigartigen Kulturlandschaft zur Verfügung.

Damit setzen wir ein Zeichen. Denn wir hören die Hilferufe in vielen persönlichen Gesprächen, vor allem auch mit Soloselbständigen und Schaustellern. Noch sind die Auswirkungen der Coronakrise nicht in Gänze absehbar, aber bereits jetzt sehen wir, wie sehr unsere Künstlerinnen und Künstler leiden.

Während in Fußballstadien wieder tausende von Fans sitzen dürfen, können Theater- und Kinoinhaber mit einer 20-prozentigen Auslastung nicht überleben. Mit dieser Ungleichbehandlung muss Schluss sein. Der Föderalismus hat sich bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie ausdrücklich bewährt. Es muss aber auf allen politischen Ebenen die Bereitschaft geben, befristet einheitliche Maßstäbe für Veranstaltungen anzusetzen."